

31.03.2026 - 08:00 Uhr

## Wie Drittstaaten mit Sanktionen Kriege verhindern können

Bern (ots) -

*Die Androhung von Strafmassnahmen für den Fall einer Invasion hätte den Krieg in der Ukraine möglicherweise abwenden können. So die Hypothese, die Forschende mit der digitalen Simulation von alternativen Welten geprüft haben.*

Hätten Europa und die USA den Ukrainekrieg verhindern können? Diese Frage lässt sich wohl nie abschliessend beantworten. Modelle aus den Wirtschaftswissenschaften machen es aber möglich, Hypothesen zu testen.

Mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) untersuchte Mathias Thoenig folgende Option: Der Westen droht schon 2021 mit Sanktionen, als die russischen Truppen entlang der ukrainischen Grenze Stellung beziehen. Und er kann dem Kreml glaubhaft machen, dass bei einer Invasion sofort Sanktionen verhängt werden.

Nach der Invasion wurden tatsächlich Massnahmen ergriffen. Die von Thoenig, der an der Universität Lausanne forscht, gemeinsam mit Thierry Mayer und Isabelle Méjean von Sciences Po Paris durchgeführte Studie legt nahe, dass die Interessenabwägungen Moskaus möglicherweise anders ausgefallen wäre, wenn man bereits zuvor mit ähnlichen Mitteln gedroht hätte. Das sind etwa: Beschränkung des Zugangs zu internationalen Finanzdienstleistungen, Exportverbote für sensible Technologien und Sanktionen gegen bestimmte dem Kreml nahestehende Institutionen.

### Virtuelle Welt zum Vergleich

Die vom Centre for Economic Policy Research (CEPR) veröffentlichte Analyse (\*) beruht auf virtuellen Simulationen von geopolitischen Szenarien. Laut Thoenig hat das Forschungsteam mithilfe einer computergestützten Modellierung ein "kontrafaktisches" Experiment durchgeführt. Dabei wird eine virtuelle Welt kreiert, die als Vergleichswelt zur realen dient.

"In den Wirtschaftswissenschaften und der internationalen Zusammenarbeit kann man nicht immer kontrollierte Experimente wie im Labor durchführen oder eine Interventions- und Kontrollgruppe bilden", erklärt der Forscher. "Die Lösung ist es, eine alternative Welt zu fingieren."

Das Modell stellt den tatsächlichen Verlauf der Ereignisse dem hypothetischen Szenario gegenüber. In diesem hätte der Westen Russland bereits 2021 mit den Sanktionen gedroht. Dies soll Aufschluss darüber geben, ob die Drohung die strategischen Kalküle Russlands hätte verändern können.

Dabei wurden zwei Arten von Daten verwendet. Zum einen sind das historische Informationen über die internationalen Konflikte des 20. Jahrhunderts. Zum anderen sind es hochdetaillierte Angaben zu den globalen Wertschöpfungsketten, also zu den Produktions- und Handelsnetzwerken, welche die Volkswirtschaften weltweit miteinander verbinden.

So kann eingeschätzt werden, wie Unternehmen, Konsumierende und Regierungen reagieren, wenn sie sehen, dass ein Konflikt und Sanktionen gravierende Handelsengpässe nach sich ziehen werden. Die Forschenden berechnen, wie diese Reaktionen die politische Entscheidung zugunsten einer gewaltsamen oder einer friedlichen Lösung beeinflusst hätten.

Der Ansatz der Studie beruht auf der These des "sanften Handels", welche Diplomatie und internationale Zusammenarbeit seit mehreren Jahrhunderten prägt. Montesquieu stellte sie 1748 in seinem Werk "De l'Esprit des Lois" (Vom Geist der Gesetze) auf. Demnach reduzieren Handelsbeziehungen zwischen Ländern das Risiko kriegerischer Auseinandersetzungen, da es für diese dann mehr zu verlieren gibt.

"Handel wirkt naturgemäss friedensstiftend. Zwei Völker, die miteinander Handel treiben, machen sich voneinander abhängig", schrieb der Philosoph. Die nach dem zweiten Weltkrieg entstandene internationale Handelsordnung beruht weitgehend auf diesem Konzept.

### Handelsbeziehungen einzustellen ist ein zweiseitiges Schwert

Wirtschaftssanktionen nutzen solche globalen Verflechtungen, um die Kriegskosten zu erhöhen. Diese wurde im

Fall Russland wie folgt getan: Es Das Land wurde aus dem internationalen Zahlungssystem ausgeschlossen, es gab in den sanktionierenden Ländern Einschränkungen der Exportkapazitäten oder sogar Ausfuhrverbote für Güter und Dienstleistungen, die für das Funktionieren der russischen Industrie notwendig sind.

Die Simulationen zeigen, dass die Annexion der Krim 2014 die geopolitischen Spannungen zwischen Russland und der Ukraine massgeblich beeinflusste. Ab diesem Zeitpunkt begann die Ukraine, ihre Handelsabhängigkeit gegenüber Russland zu reduzieren und ihre Wirtschaft verstärkt auf Europa auszurichten. Ziel dieser - durchaus erfolgreichen - Strategie war es, Moskau der Druckmittel gegenüber Kiew zu berauben.

Allerdings hatte diese Entkoppelung einen paradoxen Effekt: Die Schwächung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern reduzierte auch die potenziellen Verluste, die Russland mit einem Krieg gegen die Ukraine riskierte. Seit Beginn der 2020er Jahre hielten sich die Kosten des Konflikts für Moskau daher in Grenzen.

Mit der glaubhaften Androhung schwerer Sanktionen für den Fall eines Angriffs hätten Europa und die USA den russischen Machthabern indessen klarmachen können, dass der wirtschaftliche Preis einer militärischen Eskalation dennoch hoch sein würde.

Die Erkenntnisse dieser Studie sind nicht nur in Bezug auf den Ukrainekrieg relevant. Sie werfen ein neues Licht auf eine generelle globale Entwicklung: Seit einigen Jahren greifen Grossmächte nämlich vermehrt auf Strategien zur wirtschaftlichen Entkoppelung zurück: Rückverlagerung von Produktionsstätten, Handelsbeschränkungen, Fragmentierung der Lieferketten.

Laut Thoenig könnte dieser Trend unvorhergesehene geopolitische Folgen haben, denn er reduziert die wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der Länder. Dadurch könnte er einen Mechanismus schwächen, der in der Vergangenheit zur Konfliktbegrenzung beigetragen hat. Mit anderen Worten: "Je mehr die Volkswirtschaften auseinanderdriften, umso mehr nehmen die wirtschaftlichen Kosten eines Kriegs ab. Dies wiederum könnte das Risiko kriegerischer Auseinandersetzungen erhöhen."

[\(\\*\) T. Mayer et al.: Can sanctions deter wars? The Russia-Ukraine case. Centre for Economic Policy Research \(2026\)](#)

Der Text dieser News und weitere Informationen stehen auf der [Webseite](#) des Schweizerischen Nationalfonds zur Verfügung.

Pressekontakt:

Mathias Thoenig  
Universität Lausanne  
Faculty of Business and Economics (HEC)  
Tel.: +41 21 692 33 93  
E-Mail: [mathias.thoenig@unil.ch](mailto:mathias.thoenig@unil.ch)

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100002863/100939268> abgerufen werden.